



Viele Vögel verendeten im Ölteppich. Die Barataria Baybot bot auch Monate nach dem Unglück ein Bild des Grauens. Foto Keystone

Offene Wunden am Golf von Mexiko

Vor fünf Jahren explodierte die Tiefseebohrinsel Deepwater Horizon

Von Renzo Ruff, Grand Isle

Karl Thayer sitzt am aufgeräumten Schreibtisch und schaut gedankenverloren in die Ferne. Die Tür zu seinem Büro ist offen. In der Ferne rauscht das Meer, und in der Luft liegt Ferienstimmung. Dann holt der Mittsechziger tief Luft und sagt: «Wenn man ein gut eingespieltes System durcheinanderwirbelt, dann hat dies Folgen.» Thayers Bemerkung bezieht sich auf den Immobilienmarkt in Grand Isle, einem Dorf mit 1200 Einwohnerinnen und Einwohnern an der Südspitze des Bundesstaates Louisiana. Das Geschäft mit Ferienhäusern in der abgeschiedenen Touristendestination, zwei Autostunden südlich der lebenslustigen Metropole New Orleans, harzt – was auch auf die Ölpest im Jahr 2010 zurückzuführen sei, wie der langjährige Immobilienmakler sagt. Denn Grand Isle diente dem Erdölkonzern BP in den dramatischen Monaten als Basis für die gigantische Putzaktion im Nachgang zur Explosion der Plattform Deepwater Horizon. Stammgäste, die am langgezogenen Sandstrand ihre Ruhe genossen hatten, wurden von der BP-Armee in die Flucht geschlagen und kehrten nicht mehr zurück.

Aber eigentlich gilt die Einschätzung von Thayer – eine abgeschlossene Welt, die im Kern erschüttert wurde, braucht Zeit, um sich von einem Schock zu erholen – nicht bloss für Grand Isle, das Fischerdorf. Vielmehr sucht die gesamte Golf-Küste von Port Arthur (Texas) im Westen bis Panama City (Florida) im Osten, die vor fünf Jahren das Epizentrum einer Umweltkatastrophe von historischem Ausmass bildete, nach einer neuen Normalität. Und obwohl sich die Gemüter etwas beruhigt haben, und es viele Bewohner satt haben, über «British Petroleum» zu sprechen, wie der britische Konzern immer noch häufig genannt wird, ist ein Ende der Turbulenzen nicht abzusehen.

Die Delfine sind krank

Das hat zwei Gründe. Erstens ist die juristische Aufarbeitung des Unglücks nicht abgeschlossen. Und die parallel verlaufenden Verfahren sind derart komplex, dass selbst Beobachter bisweilen den Überblick zu verlieren drohen. Zum ändern ist nach wie vor unklar, wie gross denn der Schaden ist, den die Ölpest im Golf von Mexiko anrichtete.

Der Hauptschuldige der Katastrophe sagt: «Die Gebiete, die betroffen waren, erholen sich, und Daten, die BP sammelte und analysierte, deuten nicht auf langfristige Auswirkungen auf bestimmte Tiergattungen im Golf hin.» So steht es in einem 40 Seiten zählenden Bericht, den BP kurz vor dem Jahrestag des Unglücks veröffentlichte, bei dem

elf Menschen ums Leben kamen. Die Studie, basierend auf über einer Million Stichproben, stiess allerdings umgehend auf heftige Kritik. Ein Konsortium von Ministerien – an dem auch die konservativen Regierungen der Staaten Texas, Louisiana, Mississippi, Alabama und Florida beteiligt sind – schrieb in einer scharf formulierten Pressemitteilung: Die BP-Studie «interpretiert Daten falsch» und «ignoriert publizierte Forschungsergebnisse», die den Behauptungen des Ölkonzerns zuwider liefen. Damit wolle sich BP aus der Verantwortung stehlen.

Dies mag nach einem Streit um Worte klingen, zwischen zwei Parteien, die vor Bundesgericht in New Orleans in ein langwieriges Verfahren verstrickt sind. Letztlich geht es aber um das Überleben eines einmaligen Lebensraums. Der Biologe Ryan Fikes, der für die Umweltorganisation National Wildlife Federation arbeitet, macht an einem konkreten Beispiel fest, was in dieser Auseinandersetzung auf dem Spiel steht. «Die Delfine im Golf von Mexiko sind sehr krank», sagt Fikes, und alle Anzeichen deuteten darauf hin, dass die Ölpest – und die zur Bekämpfung der Umweltkatastrophe eingesetzten Bindemittel, «die giftiger waren als das Öl» – dafür verantwortlich seien. Die Opferzahlen sind erschreckend. Fikes spricht von mehr als 1000 Delfinen der Gattung Tursiopsis (auf Englisch: «Bottlenose Dolphin»), die in den vergangenen fünf Jahren tot aufgefunden worden seien. «Das ist beispiellos.»

Mit ihrer düsteren Sicht auf die Dinge steht die National Wildlife Federation nicht alleine da. Ende März schrieb eine Abteilung der bundesstaatlichen National Oceanic and Atmospheric Administration (NOAA) – unter anderem zuständig für den Schutz von Amerikas Küsten – in einer düsteren Einschätzung: Was sich derzeit in den Gewässern vor Louisiana, Mississippi und Alabama abspiele, sei das «am Längsten andauernde» Massensterben von Delfinen. BP allerdings teilt diese Einschätzung nicht. In der kürzlich publizierten Studie ist zu lesen, dass im Golf von Mexiko «mit einer gewissen Regelmässigkeit» solche Vorfälle zu beobachten seien, und dass NOAA diese Massensterben jeweils mit Infektionen, schlechter Ernährung oder dem Einfluss von Menschen erklärt habe.

504 Millionen Liter Öl

Ähnlich unterschiedlich fallen die Antworten zu zwei anderen Streitfragen aus. BP sagt, dass das 2010 ausgeflossene Öl – offizielle Angaben sprechen von 504 Millionen Litern – zum grössten Teil verdunstet sei oder sich zersetzt habe. Jeff Chanton, Professor

an der Florida State University in Tallahassee, ist da ganz anderer Meinung. Ein von ihm angeführtes Forschungsteam kam kürzlich zum Schluss, dass sich auf dem Meeresboden, 100 Kilometer von der Mündung des Mississippi im Süden Louisianas entfernt, ein dichter Ölteppich befindet. Er schätze die Menge des Öls, das dort lagere, auf 23 bis 38 Millionen Liter, sagt der Meereskundler. «Dies wird sich auf Jahre hinaus auf den Golf auswirken» – mit offenen Folgen für die gewerbsmässige Fischerei, die am Golf jährlich 22 Milliarden Dollar umsetzt. Denn «Fische essen Würmer», und Würmer ernährten sich im verschmutzten Sediment des Meeres, sagt Chatton. Auf diese Art und Weise gelangten Giftstoffe letztlich in den Nahrungskreislauf. (Tests zeigen: Fische und Meeresfrüchte aus dem Golf von Mexiko sind derzeit uneingeschränkt geniessbar.)

BP bezahlte 30 Milliarden Dollar

Ebenfalls offen sind die Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit. Die Epidemiologin Dale Sandler leitet im Auftrag der Nationalen Gesundheitsinstitute NIH eine breit angelegte Untersuchung über die Folgen der Ölpest. Dabei werden 33 000 Helferinnen und Helfer, die sich vor fünf Jahren in ganz unterschiedlichen Funktionen an den Putzarbeiten beteiligten, nach ihrem Wohlergehen befragt. Rund ein Drittel dieser Probanden hat sich zudem bereit erklärt, aufwendige medizinische Tests in zwei Kliniken an der Golfküste über sich ergehen zu lassen. Zwar seien die bisher vorliegenden Resultate aus diesen Erhebungen wissenschaftlich noch nicht erhärtet, sagt Sandler, die in North Carolina arbeitet.

Es gebe aber deutliche Anzeichen dafür, dass Frauen und Männer, die 2010 an vorderster Front standen, und in Kontakt mit Öl und Bindemittel kamen, nun unter gesundheitlichen Problemen litten. Die Epidemiologin erwähnt psychische Erkrankungen, ausgelöst durch die «entsetzlichen» Erlebnisse und den Stress. Hinzu kämen Atemschwierigkeiten, was sich in Hustenanfällen oder pfeifenden Lungen ausdrücke. Und schliesslich geht die Befürchtung um, dass die Bindemittel krebsfördernd waren.

BP erwähnt diesen Aspekt, der durch anekdotische Erzählungen untermauert wird, im kürzlich publizierten Bericht mit keiner Silbe. Stattdessen betont der Konzern, wie ernst er seine Verantwortung nehme – und wie viel Geld dies kostete. Die Zahlen, mit denen das Unternehmen jongliert, sind in der Tat atemberaubend. Im Nachgang zur Explosion der Ölbohrplattform Deepwater Horizon gab BP bisher mehr als 30 Mil-

liarden Dollar aus: Bussen, Ausgleichszahlungen an Zehntausende von wirtschaftlich Geschädigten, aber auch Investitionen in neue Schutzmassnahmen entlang der Küste.

In den Augen der amerikanischen Justiz hat der Ölkonzern allerdings noch nicht genug geblutet. Demnächst wird ein Bundesrichter in New Orleans entscheiden, wie viel Geld BP dem Staat aufgrund des Verstoßes gegen die Umweltschutzgesetzgebung der USA, dem Clean Water Act, abliefern muss. Die Rede ist von einer Busse von bis zu 13,7 Milliarden Dollar. BP hat deshalb bereits angekündigt, sich mit Händen und Füssen gegen eine derart hohe Rechnung zu wehren.

Dies ist aber bei Weitem nicht das einzige Verfahren, das fünf Jahre nach der Ölpest noch hängt ist. So spricht Transocean, die ehemalige Besitzerin von «Deepwater Horizon», im aktuellen Jahresbericht von «zahllosen» Zivilklagen, die im Nachgang zur Ölpest eingegangen seien. Immerhin: Gegenüber dem US-Staat hat Transocean seine Schuld beglichen. 2013 einigte sich die in Zug ansässige Firma mit dem US-Justizministerium und überwies 1,4 Milliarden Dollar nach Washington. Auch Halliburton, verantwortlich für das fehlerhafte Bohrloch der Plattform, schloss mit den amerikanischen Ermittlungsbehörden einen Vergleich ab und bezahlte im September 2014 insgesamt 1,3 Milliarden Dollar an Bussen und Entschädigungszahlungen.

Künstlicher Boom

Ein grosser Teil dieses Geldstroms floss an den Golf zurück, und sorgte nach dem Krisensommer 2010 für einen künstlichen Boom an der Küste. Im Süden von Louisiana ist diese Blase mittlerweile geplatzt. In Alabama hingegen, fünf Autostunden von Grand Isle entfernt, ist die Stimmung immer noch gehoben. Die Touristendestinationen Gulf Shores und Orange Beach profitierten in den vergangenen Jahren von der finanziellen Unterstützung durch BP, die «in die Millionen ging» – Geld, das in landesweite Werbekampagnen investiert wurde.

Dies sagt Joanie Flynn, Marketingchefin im lokalen Tourismusbüro. Für die Küste von Alabama, die mit dem West Beach einen der schönsten Strände des Landes besitzt, habe sich die BP-Ölpest deshalb «im Nachhinein als Segen erwiesen». Dies mag zynisch klingen. Aber die Zahlen geben Flynn recht: Mehr als 5,6 Millionen Menschen machten im vergangenen Jahr an der Südspitze Alabamas halt, fast zwei Millionen mehr als 2011. Wenigstens hier gibt die neue Normalität Grund zur Hoffnung.

Winterkorn bleibt VW-Chef

Vertrag soll verlängert werden

Wolfsburg. Europas grösster Autobauer Volkswagen hält entgegen allen Spekulationen am Konzernchef Martin Winterkorn fest und will den Vertrag mit ihm verlängern. Das teilte VW am Freitag in Wolfsburg mit und verwies dabei auf eine Entscheidung des Verwaltungsrats-Präsidiums. Der sechsköpfige Kern des Kontrollgremiums liess erklären: «Das Präsidium legt grossen Wert darauf, dass Herr Professor Dr. Winterkorn seine Funktion als Vorsitzender des Vorstands auch weiterhin so aktiv und erfolgreich wie bisher verfolgt und hat hierbei die uneingeschränkte Unterstützung des Gremiums.»

Das Präsidium werde dem Verwaltungsrat vorschlagen, den Vertrag von Winterkorn in der Februar-Sitzung 2016 zu verlängern. Der Kontrakt des bestbezahlten Managers im deutschen Aktienindex Dax läuft nach bisherigem Stand Ende 2016 aus. Bis zu der Mitteilung stand Winterkorn erheblich unter Druck, nachdem der VW-Patriarch und Verwaltungsratschef Ferdinand Piëch mit einem Zitat im *Spiegel* von Winterkorn abgerückt war. «Ich bin auf Distanz zu Winterkorn», hatte das Nachrichtenmagazin Piëch am vergangenen Freitag zitiert.

Erste Stellungnahme

Die VW-Führung äusserte sich damit zum ersten Mal in dem seit knapp einer Woche schwelenden Machtkampf. Am Donnerstag war der engste Kreis des Volkswagen-Verwaltungsrats bei einer Sondersitzung in Salzburg zusammengekommen. Auch Winterkorn war mit von der Partie. Am Abend ass er dann mit Betriebsratschef Bernd Osterloh auf der Tribüne beim Europa-League-Spiel des VfL Wolfsburg gegen den SSC Neapel.

Bei dem Sondertreffen in Salzburg ging es auch um strategische Fragen. VW hat massive Probleme auf dem wichtigen US-Markt. Das sechsköpfige Verwaltungsrats-Präsidium bereitet Weichenstellungen des Kontrollgremiums vor. Winterkorn gilt als gesetzter Nachfolger des VW-Patriarchen als Chefkontrolleur. Neben der Distanz-Ansage zitierte der *Spiegel* Piëch auch mit den Worten: «Ich strebe an, dass an die Spitze des Aufsichtsrats und des Vorstands die Richtigen kommen.» SDA

Schlumberger streicht Stellen

Öldienstleister leidet unter Krise

Houston. Als Folge des Ölpreisverfalls weitet der weltgrösste Branchendienstleister Schlumberger seinen Stellenabbau massiv aus. Der US-Konzern kündigte am Donnerstagabend an, weitere 11 000 Arbeitsplätze zu streichen. Zusammen mit dem zu Jahresbeginn verkündeten Wegfall von 9000 Jobs will das Unternehmen damit seine Belegschaft 2015 um rund 15 Prozent verkleinern. Derzeit beschäftigt der Konzern, der im Auftrag von Ölriesen wie ExxonMobil und BP arbeitet, weltweit 115 000 Menschen.

Weiter klappt das Management die Investitionen in diesem Jahr um eine halbe Milliarde auf 2,5 Milliarden Dollar. Der Konzern, der Öl- und Gasunternehmen mit Bohrtechnik und anderer Ausrüstung versorgt, reagiert damit darauf, dass Kunden wegen des gefallen Ölpreises ihr Geschäft zurückfahren. Allein in diesem Jahr dürften die Kunden nach Einschätzung von Schlumberger in Nordamerika mehr als 30 Prozent und international etwa 15 Prozent weniger für die Ölförderung und die Erschliessung von Vorkommen ausgeben.

Das schwierige wirtschaftliche Umfeld belastete auch das Konzernergebnis im ersten Quartal. Der Umsatz ging in den drei Monaten bis Ende März um fast neun Prozent auf 10,3 Milliarden Dollar zurück. Der Reingewinn brach um fast 40 Prozent auf 975 Millionen Dollar ein. Der um Sonderposten bereinigte Gewinn übertraf die Erwartungen der Analysten allerdings deutlich. Konzernchef Paal Kibsgaard rechnet allerdings auch künftig mit einem schwierigeren Geschäftsumfeld. SDA